

Mürzzuschlag Heute Morgen

MHM
MHM
MHM

MHM

Information für Mürzzuschlag- Hönigsberg

P.b.b. An einen Haushalt 17520G86U

Erscheinungsort: Mürzzuschlag, Verlagspostamt 8680



Nr.: 83 September 2005

www.muertzuschlag.kpoe.at

www.promz.isdrin.at

Geben statt nehmen.

kaltenegger



KPO



Kommentar

Ungereimtheiten

in diversen Betriebskostenabrechnungen gibt es leider auch bei uns in Mürzzuschlag. Dies veranlasste die KPÖ Bezirksorganisation und die Gemeinderatsfraktion proMz, nunmehr eine Mieter- und Sozialberatung ins Leben zu rufen. Mit Unterstützung der steirischen KPÖ, dem Büro Ernest Kaltenecker und dem Mieterschutzverband können wir nunmehr umfassende mietrechtliche Auskünfte erteilen. Aber auch in Pensions- und anderen sozialrechtlichen Fragen können wir eine noch stärkere Hilfestellung leisten. Genaue Details erfahren Sie auf der letzten Seite.

Chuzpe

Das Wort Chuzpe stammt aus dem Jiddischen und ist vom hebräischen Wort chuzpa` für „Frechheit“, „Dreistigkeit“, „Unverschämtheit“ abgeleitet. Von Chuzpe spricht man immer dann, wenn jemand in einer eigentlich verlorenen Situation mit Dreistigkeit noch etwas für sich herauszuschlagen versucht. (aus Wikipedia- Die freie Enzyklopädie)

Nun was hat das ganze mit meinem Kommentar zu tun? Bei der vorletzten Gemeinderatssitzung brachte die Liste proMz einen Dringlichkeitsantrag zur Feinstaubproblematik ein. Dieser wurde zur Bearbeitung an den Bau- und Umweltausschuss des Gemeinderates weitergeleitet. Bei der darauffolgenden Gemeinderatssitzung wurde dann der Antrag als ein „vom Ausschussvorsitzenden Ing. Rudischer (SPÖ) gestellter Antrag“ (Bgm Kranner) eingebracht und angenommen. Ohne jede Skrupel vor den Anwesenden, die ja alle wussten wer den Antrag tatsächlich gestellt hat, schmückt man sich mit fremden Federn. Sehr traurig- liebe Mehrheitsfraktion! (siehe Seite 7)

Ehrenbürger, ehrenhaft?

Vor kurzem wurde Heinz Veitschegger zum Ehrenbürger unserer Stadt

ernannt. Auf Grund seiner langjährigen Tätigkeit als Vizebürgermeister, aber auch als „Chronist“. Die Gemeinderäte von proMz gaben dem Antrag (nicht ganz ohne Bedenken) auch ihre Zustimmung. Ich weiß nicht, ob er diese auch bekommen hätte, wenn uns seine späteren Zeitungsartikel über die Gemeinderatssitzung vorher zu Gesicht gekommen wären. Chuzpe Nr 2.: Wieder wurde in den gegenständlichen Artikeln Architekt Rudischer als „Vater“ der Feinstaubmaßnahmen hingestellt und zugleich das Engagement von proMz komplett verschwiegen.... Ich würde mir vom „Ehrenbürger“ Heinz Veitschegger schon mehr Objektivität und Ehrlichkeit erwarten.

Klasnic und der Tunnel

Vor gar nicht allzu langer Zeit gab es im Südbahnmuseum am Kulturbahnhof die Eröffnung einer gesamtsteirischen Ausstellung über Verkehr und Infrastruktur, an der sich auch die Gemeinde Mürzzuschlag beteiligt. Wie bei jeder Eröffnung gab es zu viele Eröffnungsreden, die viel zu lange dauerten. Von Klasnic, über Strassberger, Fuchs und andere Festredner kam auch unser Bürgermeister zu Wort. Schon vorher sprach unser Landeshauptmann Frau

Klasnic über die Bedeutung des Semmering- Tunnels (der ja Mürzzuschlag von einer bedeutenden Eisenbahnstadt zur Nebenbahnhaltestelle degradiert). Ich erwartete nun eine Antwort von unserem Bürgermeister zu hören. Sie kam aber nicht- in seinen sicherlich nicht von Kürze geprägten Ausführungen kam keinerlei Kritik zu den neuen Plänen. Das finde ich schwach!

Hallenbadtarife

Viele MürzerInnen finden die Tarife des Hallenbades als zu hoch. Erst durch die 200 € Karte wird es halbwegs erschwinglich, allerdings muss man erst einmal diese 200 Euro erübrigen können, um dann in den Genuss des günstigeren Tarifes zu kommen und dies ist für „Gutverdienende“ wesentlich leichter als für den „Otto Normalverbraucher“. Daher gab ich auch keine Zustimmung. Ich forderte zugleich eine sozial verträgliche Lösung, die es tatsächlich jeder Mürzerin und jedem Mürzer ermöglicht um das selbe Geld das Bad gleich lang zu benutzen. Mittlerweile denkt man bei der Mehrheitsfraktion auch schon ähnlich. Damit besteht die Hoffnung, dass es bald zu einer „Reform“ kommt.

Franz Rosenblattl

KPÖ fordert Abgeltung gestiegener Energiekosten Gehälter und Pensionen müssen kräftig angehoben werden

Die steigenden Energiekosten beschleunigen die Inflation. Das spüren Menschen mit geringem Einkommen besonders stark. Sie geben einen großen Teil ihrer Barschaft für Wohnen, Essen oder Heizen aus.

In den letzten Jahren sind die Bruttopensionen kaum erhöht worden. Netto hat es sogar einen Rückgang gegeben. Auch die Reallöhne sind nicht gestiegen. Und was meist verschwiegen wird: Die Höhe des Arbeitslosengeldes stagniert.

Jetzt droht eine neue Teuerungswelle. Als Begründung müssen die Treibstoffpreise und Naturkatastrophen herhalten. Die Verantwortlichen denken aber nicht daran, die riesigen Gewinne der Großunternehmer und insbesondere die Profite der Mineralölkonzerne auch nur anzutasten.

Aber man muss etwas tun, damit für die Menschen mehr herauskommt. Gehälter und Pensionen müssen kräftig angehoben werden. Im Vorfeld der jährlichen Kollektivvertragsverhandlungen und des Beschlusses über die Pensionsanpassung ist Druck von unten notwendig.

Wir fordern deshalb :

o Lohn- und Gehaltserhöhungen, welche die Inflation und die gestiegene Produktivität abgelden;

o Eine Pensionsanpassung, durch die der Lebensstandard der älteren Menschen gewahrt wird.

Eine Stärkung der KPÖ bei der steirischen Landtagswahl würde auch eine kräftige Unterstützung dieser Forderungen bei den laufenden Verhandlungen bedeuten.

Wahlkreis Obersteiermark. Die Kandidat/inn/en der Liste 5 KPÖ

Listenplatz 1

Ernest Kaltenegger
geb. 1949, Graz, Stadtrat



Listenplatz 3

Gabriele Leitenbauer
geb. 1964, Trofaiach, Gemeinderätin



Listenplatz 2

Dr. Werner Murgg
geb. 1958, Leoben, Stadtrat



Listenplatz 4

Ing. Renate Pacher
geb. 1960, Knittelfeld
Gemeinderätin



Listenplatz 16

Rosamarie Zink
geb. 1943, Mürzzuschlag
Gemeinderätin



Liste 5



Listenplatz 19

Jürgen Schloffer
geb. 1971, Mürzzuschlag
Betriebsrat



Listenplatz 5

Franz Rosenblattl
geb. 1955, Mürzzuschlag
Gemeinderat



Mürzer Stammtisch

"Host scho ghört? Jetzt kriagt Miaz a Galopprennbahn!"

"Geh, wia kummst`n af deis?"

Jo wirklich, am Sportplotz hobn`s scho fia die Rennbon des Gros aug`saat!"

"Du Kaspal, des is nur die Laufbahn va unsre Leichtathleten!"

"Und i Noar, hob ma denkt da Stronach investiert jetzt in Miaz!"



Es herbst`It in unserem Land



Der letzte „Urlauberschichtwechsel“ hat sich heimgestaut, die PKW-Maut ist intensiv angedacht und ein heißer Wahl-

herbst ist angebrochen.

Die Skandale haben sich gewaschen, der Sumpf ist tief und die Glaubwürdigkeit der Politik im Keller. Am 2. Oktober werden die Steirer nicht über große ideologische Entwürfe, sondern über gut dotierte Posten entscheiden. „Nehmen, statt Geben“ ist zum Leitsatz in der Politik und in der Gesellschaft geworden.

Einzige rühmliche Ausnahme ist Ernest Kaltenecker, der sein Motto „Geben statt nehmen“ auch wirklich vorlebt und daher glaubwürdig ist. Das Schreckensszenario und die Warnung vor Rot-Rot, vor Kolchosen, Sowchosen, der Roten Armee und Verlust des Wirtschaftsstandortes ist wohl eher Schwachsinn oder die Panik vor drohenden Verlusten.

Die Schultüten sind verteilt und ein Psychologe hat eindringlich davor gewarnt, den kleinen Marvins, Kevins, Nicoles und Sarahs zu sagen, dass jetzt der Ernst des Lebens beginnt, denn das könnte einen Schock oder eine Traumatisierung für den neuen Lebensabschnitt auslösen. Es muss also heißen, der „Spaß des Lebens“ beginnt.

Die Schlaraffenlandkids sollen es ja

einmal besser haben als wir.

Wann'sas nur ausheut die Umwöd! Raunz net, kauf!

Dürrekatastrophen, Überschwemmungen, Hurrikans: kein Problem- hat es immer schon gegeben. Man hofft auf die Selbstheilungskraft, und gegen die globale Erwärmung gibt es ja Klimaanlage.

Die ersten Paletten mit Plastikheimern voll Lebkuchen und Zimtsternen sind bereits bei Merkur eingelangt, Krampus und Nikolaus aus Schokolade warten auf ihre Auslieferung.

Der „Summersale“ mit Schnäppchen bis zu 50 % reduziert ist zu Ende und die „New arrivals“ schmücken schon die Auslagen.

In einem Grazer Gymnasium wurde bereits die herbstliche Modelinie für markenbewusste Kids vorgestellt, denn neu gestylt kommt man in der Schule einfach besser an. Die Habenichtse hingegen, deren Eltern sich das nicht leisten können, sollen schauen wie sie weiterkommen.

Ähnlich dem ersten Schnee wird bald vor irgendeinem Geschäft ein Strohhalm liegen mit einem Kürbis drauf. Viele weitere werden folgen-, der Gruppendruck in der Geschäftswelt ist enorm-, die Stadt wird „kürbisiert“.

Es darf auch wieder „geackert“ und „aufgesteiert“ werden mit viel Spaß, Speis und Trank.

Halloween naht und die Kids werden wieder kostümiert von Haus zu Haus ziehen und „Trick or treat“ (Süßigkeit oder Streich) rufen und somit ihr Recht auf Süßigkeiten einfordern, denn sie

haben ja sonst nie was zum Naschen.

Viele Erwachsene werden als Gespenster oder Hexen verkleidet einen Gratisdrink bei einem der Wirte abholen und böse Geister vertreibend wieder einmal ordentlich abfeiern und abtanzen, denn das letzte Event liegt ja schon eine ganze Woche zurück.

Der finalen Amerikanisierung und der Oberflächlichkeit der Spaßgesellschaft ist somit Genüge getan und die Wirte und Geschäftsleute wissen diesen bei uns neu eingeführten Brauch sehr zu schätzen.

Die ersten Nebelbänke auf den Autobahnen sind zu erwarten und einige Powerdrive-Piloten werden wieder hineinrasen, denn Zeit ist Geld, Geld ist Macht und wer bremst ist ein Verlierer.

Das Lenkrad in der Linken, das Handy in der Rechten-, jetzt hätte mich schon wieder so ein Idiot fast gerammt, wo ich doch in einer wichtigen Besprechung bin!

Tempo 30, Überholverbot, Abstand halten, auf Sicht fahren – bloß Warmduscher und Beckenrandschwimmer halten sich daran. Gokart-Bahn statt Autobahn- no risk no fun!

Gesetze und Verordnungen sind dehnbare Begriffe und dazu da, nicht eingehalten zu werden. Wer lässt sich schon gerne bevormunden?

Die Chance erwischt zu werden ist fast Null und die Strafe von € 20,- - ein Schnäppchen im internationalen Vergleich.

Zuviel kontrollieren schadet der Wirtschaft und wer will schon einen Polizeistaat?

Fortsetzung nächste Seite

+ Was uns gefällt:

Dass es jetzt sicher ist, dass der ehemalige Volkshausturm zu einem Hotel mit ca. 40 Betten umgewandelt werden wird.

Damit wird ein für die Bezirkshauptstadt längst überfälliges und dringend notwendiges Projekt verwirklicht. Es werden Arbeitsplätze geschaffen und ein Grundstein für eine bessere touristische Entwicklung mit weiteren Arbeitsplätzen im tertiären Bereich gelegt.

Die Umbauzeit soll sehr kurz gehalten werden und damit das Projekt Stadtplatz und ehemaliges Volkshaus endlich beendet sein.

- Was uns nicht gefällt:

Dass im Rahmen der feierlichen Eröffnung des Stadtsaales die Stehaufmännchen für Unterhaltung sorgen sollten.

Das Trio glänzte durch sexistische, frauenfeindliche und frauendiskriminierende Witze, die unserer Meinung nach, nicht einmal in einem Bierzelt Berechtigung hätten.

PromZ lehnt mit Nachdruck sexistische und frauenfeindliche Aussagen und Witze ab.

Den Verantwortlichen, die diese Gruppe ausgewählt haben, gebührt ein dickes Minus!



Fortsetzung von Seite 4 Seite

Jedes Kind kennt mittlerweile den Spruch „Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“.

Versicherungen, Autowerkstätten, Bestattungsunternehmen und Rehabzentren müssen auch leben und Gewinne schreiben.

Die Tage werden kürzer, Verona Feldbusch hat im Stephansdom das heilige Sakrament der Ehe empfangen und Barbara Karlich lässt beim Nachmittagsstark zum Thema „So benimmt sich keine Mutter“ inzestuöse, sadomasochistische Praktiken zwischen Mutter und Sohn in Latexkostümen über die Bühne gehen.

„Geiz ist geil“ gilt auch in diesem Herbst, die „Ich-Aktie“ ist im Dauerhoch und die Entsolidarisierung der Gesellschaft schreitet mit Riesenschritten voran.

Schau auf dich selbst und auf niemanden sonst, wenn du im Leben Erfolg haben willst.

Kauf dir die Bücher: „Lebe frei – auch auf Kosten anderer“ und „Wie werde ich der perfekte Egoist“.

Das „Diskriminierungsverbot“, das den Ärzten untersagt, Kassenpatienten schlechter zu behandeln als Privatpatienten, ist im neuen Kassenvertrag mit der Eisenbahner- und Bergbaukasse (VAEB) gefallen und somit die 2-Klassenmedizin, die längst Realität ist, legitimiert.

Die Begriffe „Humankapital“, im Jahr 2004 zum „Unwort des Jahres“ gewählt, „Wohlstandsmüll“ (arbeitslose und arbeitsunfähige Menschen), „Rentnerschwemme“ sowie „sozialverträgliches Frühableben“ sprechen eine deutliche Sprache.

Die eigenartigen Wanderer in Wald, Feld und in der Stadt, die an Schlaufen befestigte Stöcke hinter sich herschleifen, werden weniger. Der Boom ist schon wieder vorbei, vom Zeitgeist überholt. Dafür bricht Mega-Giga-Terraman Sepp Resnik zu einem Radmarathon über 100 000 !! Kilometer rund um den Globus auf.

Weiter, höher, schöner, reicher als reich. Schnell noch ein Los gekauft für die Euromillionen, dann noch zum Frisör-, wash, cut and go- für € 20,- fast noch ein „Summer special“.

Wie gut, dass es noch den Gasthof Steinbauer gibt, mit dem idyllischen

Bankerl im Wald, fernab von Globalisierung, Amerikanisierung, Anglizismen und sozialer Ungerechtigkeit, neben dem auf einem Schild in fast fremd anmutenden Lettern geschrieben steht:

„DIE EINKEHR IN SICH SELBST IST ETWAS, DAS UNSER HEUTIGES GESCHLECHT GANZ VERLERNT HAT UND DIE IHM SO NOT TÄTE WIE TÄGLICH BROT“.

Im Vertrauen auf die normative Kraft des Faktischen wünsche ich einen schönen Herbst!

GR Mag. Wilfried Ledolter

Im Frühsommer 2004 wurden in der Wohnhausanlage Obere Bahngasse 6-12, 25 Blaufichten über Anordnung der Hausverwaltung gefällt, obwohl keine Notwendigkeit bestand. Die gesunden Bäume gefährdeten weder Wohnhäuser noch Infrastruktur (Straßen, Gehwege). Trotzdem wurden die vollen Kosten den Mietern angelastet. Eine verlangte Einsichtnahme in die Betriebskostenabrechnung wird nunmehr schon seit fast 3 Wochen verzögert. Ist da etwas nicht in Ordnung?

Wir klagen an!

Wir, die acht Blaufichten, die das Massaker im Jahre 2004 in der Oberen Bahngasse 6 – 12 überlebt haben, klagen an! Warum mussten unsere Geschwister sterben? Wir verstehen es bis heute nicht.

Kerngesund und voll Freude reckten sie ihre Wipfel in den Himmel und erfreuten Bewohner und Gäste. Sie hofften auf ein langes Leben. Doch diese Hoffnung war vergebens. Denn eines Tages, im Frühjahr anno Domini 2004 traf sie der Bannstrahl des Bürgermeisters.

„Diese Bäume müssen weg, denn sie stören“, war sein Entscheid. Und damit dieser Entscheid mehr Nachdruck bekam, wurde gleich mitverordnet, dass die Bäume – unsere Geschwister – krank zu sein haben (die noch zu bestaunenden Baumstümpfe und wir, die das Massaker überlebt haben, beweisen das Gegenteil). Kaum war dieser diktatorische Entscheid ausgesprochen, kamen auch schon die



Schergen der Stadt und meuchelten 25 von uns in einer Nacht- und Nebelaktion. Und wir die trauernden Hinterbliebenen – wir stehen nicht an kund zu tun, dass fast alle der Hausbewohner mit uns trauern – grübeln und rätseln, was unsere Brüder verbrochen haben, wen sie gestört haben könnten. Nicht die Hausbewohner, noch die Passanten und schon gar nicht die Fahrzeuge, die die obere Bahngasse frequentieren, wurden behindert oder gar bedroht!

Wir verstehen, dass der eine oder andere Baum durch zu üppiges Wachstum und ungünstiger Standplatzwahl die Intimsphäre manches Hausbewohners gestört hat. Wir hätten auch Verständnis gehabt, wenn man einen oder auch zwei Bäume geopfert hätte. Aber warum mussten gleich 25 Stück hingemordet werden? Hat der Bürgermeister eine Blaufichten-Phobie?

Was uns besonders erbost, ist die Tatsache, dass die Bewohner dieser Häuser für dieses sinnlose Hinmetzeln unserer Brüder auch noch die Kosten tragen mussten. Die Kosten wurden nicht einmal offen deklariert, sondern unter den „sonst. Betriebskosten“ versteckt. War da die Überlegung: „die kommen ohnehin nicht drauf“ der Vater des Gedankens? Eine Anfrage im Gemeinderat wurde äußerst unbefriedigend beantwortet.

Wir, die 8 überlebenden Fichten kla-



gen an! Wir fordern die Hausbewohner auf: „Wehrt Euch gegen solche Willkürakte! Wehrt Euch mit allen zu Gebote stehenden Mitteln! Ihr dürft Euch nicht zur Melkkuh der Gemeindeverwaltung machen lassen!“

8 Blaufichten
(Überlebende des Massakers
in der Oberen Bahngasse)

GR Rosamarie Zink

Wie man was wird im Lande, ohne sich anzustrengen

Dazu braucht es nicht viel: einen Herrensitz in der Oststeiermark, eine unbedarfte Frau Landeshauptmann – am besten als Freundin-, ein paar Wildtiere. Und schon fließen die Subventionsmillionen, wenn geht unkontrolliert.

Mit diesen Steuermillionen kann sich dann die adelige Herrschaft – auf Kosten der armen Bevölkerung – den Herrensitz entsprechend adaptieren, Lustgärten revitalisieren, und – damit es nicht gar so schön aussieht – betreibt man auch noch einen Tierpark, damit auch der „Pöbel“ sich an der Natur ergötzen kann. Es herrscht in unserem Land tiefster Feudalismus, wie zur Zeit der „Sonnenkönige“ (die Landesmutter liebt halt nur „Blaublütige“, für das niedrige Volk hat sie wenig Verständnis).

Hurtig wird seit Jahren der Mammon verprasst. Im gleichen Zeitraum werden schleichend und stetig Sozialleistungen gekürzt, die Anspruchsbestimmungen eingengt, damit nur ja kein Cent zuviel der darbenenden Bevölkerung zu Gute kommt.

Und dann plaudert Frau LH Klasnic von einem aufstrebenden Land, in dem es allen gut geht, und dass sie weiter für unser Land arbeiten will. Ja, wer soll das noch glauben nach unzähligen Pleiten und, als Tüpfelchen auf dem i, der „Causa Herberstein“? Hat sie Scheuklappen vor den Augen? Sieht sie nicht das immer größer werdende Heer der Arbeitslosen, der Sozialhilfeempfänger, der Mindestpensionisten in unserem Land?! Und welche Landesräte und leitende Beamte in der Landesregierung beraten sie? Denn sie „hat von diesen Dingen nichts gewusst“, wie sie mit eigenen Worten in der ZIB 2 v. 5.8.2005 blauäugig kundgetan hat.

„Mein Name ist Waltraud (Hase), ich weiß von nichts“ !!!

Was hat diese Frau an der Spitze des Landes zu suchen? Die einzige Alternative zu diesem jahrelangen Chaos, zu diesem immer größer werdenden Sumpf kann nur lauten: „Ernest Kaltenegger“. Er ist der einzige Politiker im Lande, der sich nicht mit überhöhten Pfründen bereichert, der im Gegenteil all jenen seine Hilfe zuteil werden lässt, die von der ÖVP-dominierten Landesregierung gnadenlos in die Armutsfalle getrieben werden.

GR Rosemarie Zink



Stadtmarketing ohne Plan?

Im letzten Gemeindeblatt war ein 4-seitiger Beitrag eingeschaltet; die Feuerwehr gibt Rechenschaft über ihre Tätigkeit zum Wohle der Gemeinschaft. Sie lädt auch ein zu ihrem „Oktoberfest“ am Samstag, den 1. Oktober.

Im Terminkalender des gleichen Blattes steht unter dem Datum 1. Oktober 2005: 20.00 Uhr, Stadtsaal, Global Kryner-Konzert. Zwei Events an einem Tag, was ist schon dabei?

Es ist schon was dabei! Jeder, der in Murzzuschlag wohnt, weiß, dass seit Jahren die Feuerwehr am 1. Samstag im Oktober ihr „Oktoberfest“ veranstaltet. Und dieses Fest hat in erster Linie den Zweck, Gelder für die Anschaffung von Feuerwehrgeräten zu lukrieren. Das kommt schließlich uns allen zu Gute.

Unter diesem Aspekt ist diese Terminkollision mit den „Global Kryners“ schon eigenartig. Das Stadtmarketing torpediert somit das Fest der Feu-

erwehr! Eine „Glanzleistung“ des Stadtmarketings; da fragt sich schon so mancher Bürger, wozu es eigentlich gut sein soll.



Gratis-Kindergarten

Klasnic übernimmt KPÖ-Programm!

Zur Ankündigung von Landeshauptfrau Waltraud Klasnic, ab 2006 ein kostenloses Kindergartenjahr einzuführen und damit die Vorschul-erziehung zu erleichtern, erklärt die KPÖ-Landtagskandidatin Claudia Klimt-Weithaler:

„Das Programm der steirischen KPÖ kann nicht so schlecht sein wie die ÖVP in diesen Tagen landauf, landab behauptet. Schließlich ist die Forderung nach flächendeckenden kostenlosen Kinderbetreuungseinrichtungen schon seit 2001 darin enthalten. Im Februar 2005 hat der Grazer Gemeinderat auf Antrag von KPÖ-Gemeinderätin Ingeborg Bergmann einen Beschluss gefasst, der die Finanzierung eines kostenlosen Vorschuljahres fordert.“

Falls die KPÖ in den steiermärkischen Landtag einziehen sollte, werden wir selbstverständlich dafür eintreten, dass die Ankündigung von Frau Klasnic in dieser Sache auch umgesetzt wird.

Darüber hinaus ist zu hoffen, dass die ÖVP-Mitarbeiter beim aufmerksamen Lesen unseres Programms auf eine weitere wichtige KPÖ-Forderung in Sachen Kinderbetreuung stoßen: Wir verlangen darin die gesetzliche Verpflichtung für Handelsketten, Betriebskindergärten einzurichten!“

Claudia Klimt-Weithaler kandidiert auf Platz 2 der KPÖ-Liste im Wahlkreis Graz, Graz-Umgebung. Sie ist Leiterin des Modellino-Kindergartens in Graz.

Ich zähle täglich meine Sorgen



Dass Frauen bei gleicher Arbeit noch immer um vieles weniger verdienen als Männer ist ja allgemein bekannt, dass Frauen auch sonst in fast allen Dingen den Männern

über benachteiligt sind auch.

Zwar ist man vom Gesetz her bemüht da ein wenig Abhilfe zu schaffen, aber wie alle wissen, Papier ist geduldig und Theorie und Praxis sind zwei paar Schuhe. Ich weiß wovon ich rede! Froh, überhaupt eine Arbeit zu haben und heilfroh, alle Monate so einigermaßen über die Runden zu kommen, da kann Frau sich nicht den Luxus leisten „große Ansprüche“ zu stellen, selbst wenn das Gesetz auf ihrer Seite ist. In der Privatwirtschaft ist es ganz arg, aber selbst im öffentlichen Dienst ist es schon an der Tagesordnung, dass man immer wieder Schlupflöcher für bestehende Gesetze findet und somit alle Rechte der Arbeitenden, und vor allem der Frauen futsch sind.

Befristungen, die laut Gesetz nur 2mal ausgesprochen werden dürfen, werden oft über Jahre hinaus halbjährlich erneuert und zum SCHUTZ der Arbeitgeber muss man einen Vertrag unterschreiben, in dem der/die DUMME (Arbeiter) ausdrücklich erklärt, damit einverstanden zu sein. Und schon ist der Arbeitgeber frei von Schuld und Frau/Mann hat das Nachsehen.

Geringfügige Beschäftigung

Ganz schlimm finde ich ja die geringfügige Beschäftigung, denn gering ist da meist nicht die Arbeit sondern lediglich der Lohn. Man ist grad mal unfallversichert, auf alle anderen Leistungen wie Arbeitslose oder gar Pension hat man keinerlei Ansprüche. Und diese Variante ist bei Frauenarbeit besonders beliebt. Auch Jobs in denen man als Sonderzeitkraft angemeldet ist, werden immer beliebter. Vollzeit = 8 Std. Arbeit, Teilzeit = 6 Std. Arbeit, SONDERTEILZEIT = 8 Std. Arbeit, aber nur 6 Std. ist man angemeldet. Toll, nicht! Die 2 Std. bekommt man als Mehrstunden ausbezahlt, aber Urlaub, Feiertage und

Krankenstand bekommt man nur für 6 Stunden bezahlt. Wer ist dabei wohl der/die Dumme? Die Arbeitgeber können es sich schon richten, grad so wie es ihnen passt! Sollte die Arme dann das Pech haben ihr Pensionsalter zu erleben, so trifft sie spätestens dann der Schlag, wenn sie erfährt, dass sie auf nichts, rein gar nichts einen Anspruch hat. Der angebliche Sozialstaat Österreich ist nämlich **nicht** sozial!

Ingrid Hashish-Hematyar

Mit fremden Federn oder Papageno nach der x.ten Mause!

Wer kennt sie nicht, die Oper von W. A. Mozart, die Zauberflöte, in der unter anderem auch Papageno, der Vogelhändler vorkommt? Jener lustiger Geselle, der durch das ganze Stück mit prächtigem Gefieder singt und tanzt, dass es eine wahre Freude ist. Was das Ganze mit Mürzer Kommunalpolitik zu tun hat? Dazu später...

Vor einiger Zeit stellte unser proMz-Team einen Dringlichkeitsantrag zur Feinstaubproblematik, der vom Bau- und Umweltausschuss (beides in fester SP-Hand – eh klar, bei satter Absoluter) genehmigt wurde!

Wir jubelten – was für ein Erfolg, doch was machte die SP-Mürz daraus? Jeder, der sich ein bisschen mit Politik beschäftigt, wird es wissen – es wurde als eigene Errungenschaft an den Mann/Frau gebracht! Herhalten dafür musste das „Möchtegernmitteilungsblatt“ Blickpunkt, in dem Hr. Rudi Scher pardon Hr. Rudischer dafür gelobt wurde, wie er sich für das Problem „Feinstaub“ einsetzt und welche Lösungsvorschläge dieser doch hat...

Da bekommt doch die Redewendung „...sich mit fremden Federn schmücken“ eine neue Bedeutung!!! Dagegen wirkt doch selbst Papageno, wie nach der x.ten Mause! Selbst ein Pfau, der in der Brautschau ein stolzes Rad schlägt, verkümmert dagegen zu Kojak ohne Lolly!!! Dabei müsste doch Hr. Rudischer mit seinem Architekturbüro, seiner Tätigkeit als Obmann des Bauausschusses und als Gemeinderat vollkommen ausgelastet sein, ohne ihm auch noch die Feinstaubproblematik an

den Hals zu hängen. Herr Rudischer hat doch wirklich genug zu tun, Aufträge an Land zu ziehen (als Architekt), diese zu kontrollieren (als Obmann des Bauausschusses) und darüber abzustimmen (als Gemeinderat)!

Wenn Sie, werte LeserInnen, der Meinung sind, dass diese 3 Tätigkeiten doch unvereinbar sind, geht es Ihnen gleich wie mir... Als Unternehmer daran zu verdienen, über die Vergabe selbst abzustimmen und sich selbst zu kontrollieren, das kann es ja nicht sein – oder doch???

Also, liebe SPÖ-Mürzzuschlag, es ist anscheinend unmöglich, einen Vorschlag einer anderen Partei – in diesem Fall proMz – gut zu heißen und danach zu handeln! Da wird lieber abgeschrieben und der Wähler als dumm angesehen..

Wilfried Hintergräber

Peter Vogl: „Diesmal wähle ich Kaltenegger“

Wahlaufruf eines ehemaligen Grün-Gemeinderates

Der Kapfenberger Gemeinderat Peter Vogl ruft dazu auf, bei der Landtagswahl am 2. Oktober Ernest Kaltenegger zu wählen.

Der langjährige Aktivist der steirischen Grünen war im Vorfeld der Gemeinderatswahl aus der Grün-Partei ausgetreten und hatte mit einer Namensliste (Sozial gerechte Liste Kapfenberg) ein Mandat im Gemeinderat erreicht.

Peter Vogl: „Also, ich wähle diesmal den Ernest Kaltenegger, weil der gibt einen Teil von seinem Gehalt für die Armen und das finde ich sympathisch. Der gibt nicht den Reichen, was er den Armen genommen hat und kürzte uns bisher nicht die Sozialleistungen. Das Militär, die NATO und Claus Raidl sind auch nicht sein Hauptproblem. Er hat keinen Dienstwagen und keine Villa in der Toskana. Er hat soviel oder sowenig Geld wie der Durchschnitt in unserem Land, dadurch weiß er wohl am besten, wie es uns allen geht.“

Im Jahr 1995 war Peter Vogl bei der Landtagswahl noch Spitzenkandidat der Grünen im Wahlkreis Obersteiermark gewesen.

Die Kaltenegger –KPÖ ist auf dem Stimmzettel die Liste 5.

Es gibt die Möglichkeit, Vorzugsstimmen zu vergeben.

Rat & Hilfe

bei der Mieterberatung der KPÖ und proMz

Bei unserer kostenlosen Mieter- und Sozialberatung finden Sie Rat und Hilfe...

- ...bei allen mietrechtlichen Fragen
- ...bei Fragen der Betriebskostenabrechnung
- ...wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- ...bei drohender Delogierung
- ...wenn Sie mit ihrem Vermieter oder der Genossenschaft Probleme haben
- ...und in Fragen des Arbeitsrechtes, im Pensions- und Sozialbereich

Rufen Sie an!

Wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden!

Tel: 0664 / 6171317 oder 0676 / 6132771

E-mail: kpoe@muerznet.at

Sprechstunde in der KPÖ Mürzzuschlag, Wienerstraße 148
Jeden 1. und 3. Mittwoch ab 17 Uhr und nach Vereinbarung

Helfen statt reden-

ein Service der KPÖ und den Gemeinderäten von
proMz

www.muerzzuschlag.kpoe.at

www.promz.isdrin.at

Eckpunkte der KPÖ

Im Vorfeld der Landtagswahl am 2. Oktober und angesichts der öffentlichen Diskussion um unser Verhalten bei der Landeshauptmannwahl weist die KPÖ darauf hin, dass ÖVP und SPÖ alle Weichen in Richtung „Große Koalition“ gestellt haben.

- Uns geht es nicht um die Verteilung von Posten, sondern um Inhalte. Folgende Punkte sind daher — für den Fall, dass die KPÖ in den Landtag einziehen und zu Gesprächen mit den anderen Parteien eingeladen werden sollte — für uns unabdingbar:

- Keine Privatisierungen von Landesvermögen. Schaffung von Leitbetrieben mit Beteiligung der öffentlichen Hand.

- Verstärkung des sozialen Wohnbaus zu leistbaren Mieten. Rücknahme der Verschlechterungen bei der Wohnbeihilfe und Einbeziehung der Betriebskosten

- Verpflichtung von Betrieben, die keine Lehrlinge ausbilden, in einen öffentlichen Fonds einzuzahlen, mit dem öffentliche Lehrwerkstätten finanziert werden.

- Einführung eines kostenlosen, flächendeckenden Vorschuljahres. Das letzte Kindergartenjahr soll gratis sein.

- Steirischer Sozialpass für Menschen mit geringem Einkommen. Abschaffung der Regresspflicht bei der Sozialhilfe.

- Nahverkehrsabgabe nach dem Vorbild der Wiener U-Bahnsteuer zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs.

- Unterstützung der Gemeinden im Aichfeld, die sich gegen die Stationierung der Eurofighter in Zeltweg wenden.

- Abschaffung des Proporz in der Landesregierung. Kürzung von Politikerprivilegien.



Helfen statt reden.